

Sorben wollen Verfassung und mehr Sprache im Alltag



Ein Ständer mit Fähnchen steht im Kulturzentrum vor dem Beginn der konstituierenden Sitzung des sorbischen Parlaments Serbski Sejm auf dem Podium. Foto: Oliver Killig/dpa-Zentralbild/ZB/Archiv

Die Sorben wollen selbst entscheiden, wo sie ihre Schulen haben und was der Geschichtsunterricht vermitteln soll. Deshalb begehrt die nationale Minderheit Autonomie in Fragen von Bildung und Kultur.

Dresden (dpa) - Das Sorbische Parlament (Serbski Sejm) arbeitet an einer eigenen Verfassung für die nationale Minderheit der Sorben. Zudem will es Angelegenheiten wie die geforderte Autonomie in der Bildungs- und Kulturpolitik über Staatsverträge mit den Ländern Brandenburg und Sachsen regeln, teilten Vertreter des Parlamentes am Donnerstag in Dresden mit. Der Abgeordnete Martin Schneider sieht die Sorben an einem Scheideweg. Selbstbestimmung sei der beste Weg zum Selbsterhalt und besser als eine «gut gemeinte Fremdbestimmung», sagte er. Die Sorben würden nicht als Minderheit wahrgenommen werden wollen, sondern als Volk wie jedes andere auch. Im Osten Sachsens sind rund 40 000 Sorben beheimatet, im Süden von Brandenburg etwa 20 000.

Der Serbski Sejm hatte sich im November 2018 konstituiert, nachdem eine Initiative jahrelang für eine gewählte Volksvertretung der Sorben und Wenden gekämpft hatte. Je zwölf Kandidaten der Wenden aus Südbrandenburg und der Sorben aus der Oberlausitz bilden das Parlament, das öffentlich tagt. Der Serbski Sejm beruft sich bei seinen Autonomiebestrebungen auf das Völkerrecht. Als Vorbild dienen Parlamente der Samen oder der Ungarndeutschen.

Eine formale Anerkennung für den Sejm und eine Kooperation mit der Domowina - dem Bund Lausitzer Sorben - gibt es bislang nicht. Viele Sejm-Mitglieder sind aber zugleich in der Domowina. Laut Schneider ist die Domowina eine Interessenvertretung sorbischer Vereine, der Sejm dagegen eine Volksvertretung. Das Parlament wolle die politischen Rahmenbedingungen für Projekte setzen, welche die in der Domowina organisierten Vereine dann mit Leben erfüllen. Es gehe um ein Miteinander von Parlament und Vereinsstrukturen.

Ein wichtiges Anliegen ist dabei die Sprache. Der Sejm will zum Beispiel erreichen, dass Sorbinnen ihren slawischen Namen in den Reisepass eintragen lassen können. Sorbisch ist als slawische Sprache praktisch von Natur aus «gegendert»: Verheiratete Frauen haben in ihrem Nachnamen meist die Endung «owa», Mädchen den Suffix «ec».

Nach Ansicht der Sejm-Vertreter hat die Arbeit des Parlamentes dazu beigetragen, die Akzeptanz für das Sorbische zu erhöhen. So wolle die schwarz-grün-rote Koalition in Sachsen die Bemühungen und den Dialog um mehr Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Selbstbestimmungsrechte des sorbischen Volkes begleiten und eine sorbischsprachige Bildung auf muttersprachlichem Niveau ermöglichen.

Der Bund Lausitzer Sorben meldete sich am Donnerstag mit Blick auf den Internationalen Tag der Muttersprache am Freitag zurück. Domowina-Chef Dawid Statnik forderte mehr Sorbisch im öffentlichen Raum: «Die Sorben brauchen eine stärkere Stimme. Unsere Muttersprache ist öfter am Küchentisch als auf der Straße zu hören.» Oft hapere es an Sprachkenntnissen in der Verwaltung: «In jedem Bereich der öffentlichen Verwaltung im sorbischen Siedlungsgebiet sollte künftig ein Partner sein, der zumindest Sorbisch versteht.»